

Besondere Vertragsbedingungen

009-N-2603_PtX_Technologie-& Marktradar_Asien

Die nachstehenden Besonderen Vertragsbedingungen werden gem. § 2 Abs. 1 lit. c) des Vertrages einbezogen:

1 Einräumung Nutzungsrechte

Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Leistungsergebnisse ganz oder teilweise als Open Data zu veröffentlichen und Dritten unentgeltlich zur Nutzung bereitzustellen. Open Data im Sinne dieser Vereinbarung sind Daten, die unter einer offenen Lizenz in einem offenen, maschinenlesbaren Format so bereitgestellt werden, dass sie von jedermann ohne wesentliche Einschränkungen genutzt, verarbeitet und weiterverbreitet werden können. Die Veröffentlichung kann daher insbesondere unter offenen Lizenzen (z. B. Creative Commons, insbesondere CC BY 4.0 oder vergleichbare Lizenzen) erfolgen. Die konkrete Lizenz bestimmt nach mehrfachen Belieben die Auftraggeberin, auch nach Beendigung des vorliegenden Vertragsverhältnisses.

Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Leistungsergebnisse als Herausgeberin zu veröffentlichen. Die Auftraggeberin ist darüber hinaus berechtigt, die Leistungsergebnisse unter eigener Bezeichnung zu veröffentlichen. Der Auftragnehmer verzichtet, soweit rechtlich zulässig, auf die Nennung als Urheber. Bei Veröffentlichungen unter offenen Lizenzen (Open-Source oder vergleichbar) erfolgt die Urheberbenennung nach Maßgabe der jeweiligen Lizenzbedingungen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sämtliche Leistungsergebnisse frei von Rechten Dritter sind, die einer solchen Veröffentlichung entgegenstehen. Soweit Inhalte Dritter verwendet werden, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass entsprechende Nutzungsrechte für eine Veröffentlichung als Open Data vorliegen. Personenbezogene Daten sowie sonstige schutzwürdige Informationen (insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) sind vor einer Veröffentlichung zu entfernen oder zu anonymisieren, sofern keine entsprechende Freigabe der anderen Vertragspartei vorliegt. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf gesonderte Vergütung für diese Veröffentlichungen besteht nicht.

Im Übrigen gelten die Regelungen des § 10 des Vertrages.

2 Werkvertragliche Abnahme, Vergütung und Währung

(1) Abnahmefähige Arbeitspakete

Soweit Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung als in sich abgeschlossene, abnahmefähige Arbeitspakete ausgestaltet sind, gelten diese als werkvertragliche Leistungen. Für diese Leistungen gehen die Regelungen zur Abnahme und Vergütung werkvertraglicher Leistungen den Regelungen zu Dienstleistungen vor. Mängelrechte beziehen sich auf abgenommene werkvertragliche Leistungen.

(2) Abnahme

Werkvertragliche Leistungen sind nach vollständiger Erbringung zur Abnahme zu stellen. Abnahmen erfolgen in Textform (§ 126b BGB). Teilabnahmen sind zulässig, soweit in der Leistungsbeschreibung vorgesehen.

(3) Fälligkeit sowie Abschlagszahlungen und Schlusszahlung

Die Vergütung werkvertraglicher Leistungen setzt deren (Teil-)Abnahme voraus. Im Übrigen richtet sich die Vergütungsstruktur nach den Regelungen in Ziff. 2.2. BVB

3 Vergütungsstruktur und Verzugsregelung

3.1 Verzugsregelung und Vertragsstrafe

Die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Termine sind verbindliche Leistungstermine. Der Auftragnehmer gerät bei deren Überschreitung ohne Mahnung in Verzug.

Der Auftragnehmer hat Verzögerungen unverzüglich anzuzeigen. Soweit die Verzögerung nicht vom Auftragnehmer zu vertreten ist, kann die Auftraggeberin eine angemessene Verlängerung gewähren.

Im Verzugsfall hat der Auftragnehmer für jeden angefangenen Kalendermonat des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Auftragswertes des betroffenen Arbeitspakets, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Gesamtauftragswertes, zu zahlen.

Weitergehende Ansprüche bleiben unberührt; eine verwirkte Vertragsstrafe wird auf Schadensersatz angerechnet.

3.2 Vergütungsstruktur

(1) Arbeitspakete als Teilleistungen

Die in der Leistungsbeschreibung definierten Arbeitspakete (AP) stellen jeweils in sich abgeschlossene und eigenständig abnahmefähige Teilleistungen dar. Nach Abschluss eines Arbeitspakets zeigt der Auftragnehmer (AN) die Fertigstellung gegenüber der Auftraggeberin (AG) in Textform an und übergibt die entsprechenden Leistungsergebnisse.

(2) Abnahmefiktion

Die Teilabnahme gilt als erfolgt, wenn

- die AG nicht innerhalb der angemessenen **Prüffrist** – hier von den Parteien vereinbart auf **10 Arbeitstage am Standort Berlin, Deutschland** - wesentliche Mängel in Textform rügt oder
- die AG die Leistung produktiv nutzt, ohne wesentliche Mängel anzuzeigen.

(3) Mängel und Nachbesserung

Werden wesentliche Mängel fristgerecht gerügt, ist der AN verpflichtet, diese innerhalb angemessener Frist zu beseitigen und die Leistung erneut zur Abnahme vorzulegen. Unwesentliche Mängel hindern die Abnahme nicht.

(4) Vergütung je Arbeitspaket

Die Vergütung erfolgt als Pauschalpreis je Arbeitspaket gemäß Angebot. Der Anspruch auf Vergütung entsteht jeweils mit erfolgreicher Teilabnahme des jeweiligen Arbeitspakets

als Vorauszahlung. Die Auftraggeberin ist berechtigt, von jeder Vorauszahlung einen **Einbehalt in Höhe von 10 %** der jeweiligen Vergütung des Arbeitspaketpreises als Sicherheit vorzunehmen.

(5) **Abschlags- und Teilzahlungen**

Abweichend von Absatz (4) können für einzelne Arbeitspakete Abschlags- oder Teilzahlungen vereinbart werden, sofern diese an definierte Zwischenergebnisse oder Meilensteine geknüpft sind. In diesem Fall ist der jeweilige Leistungsstand durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(6) **Gesamtabnahme**

Nach Erbringung und Teilabnahme sämtlicher Arbeitspakete erfolgt eine abschließende Gesamtabnahme. Gegenstand der Gesamtabnahme ist die **vertragsgemäße Gesamtleistung**, insbesondere:

- die Vollständigkeit sämtlicher Arbeitspakete,
- das funktionale und inhaltliche Zusammenwirken der Leistungsergebnisse,
- die Konsistenz und Widerspruchsfreiheit der Ergebnisse sowie
- die Einhaltung der in der Leistungsbeschreibung festgelegten übergreifenden Anforderungen.

Mängel, die bereits Gegenstand einer Teilabnahme waren, können im Rahmen der Gesamtabnahme nur geltend gemacht werden, soweit sie sich im Zusammenwirken der Leistungsergebnisse erstmals zeigen oder fortwirken.

Mit Gesamtabnahme wird der Einbehalt zur Schlusszahlung fällig.

4 Förmliches Abnahmeverfahren

(1) **Textform**

Teil- oder Gesamtabnahme sowie Abnahmeerklärungen, Mängelrügen und Abnahmeverweigerungen bedürfen der Textform gem. § 126b BGB (E-Mail, usw.). Mündliche Erklärungen sind unbeachtlich.

(2) **Abnahmereife**

Ein Arbeitspaket gilt als abnahmereif, wenn

- die vertraglich geschuldeten Leistungen vollständig erbracht sind,
- die Leistungsergebnisse der Auftraggeberin übergeben wurden und
- keine wesentlichen Mängel vorliegen.

Der Auftragnehmer zeigt die Abnahmereife in Textform an und benennt das betroffene Arbeitspaket sowie die übergebenen Leistungsergebnisse. Hierzu wird vom Auftragnehmer ein erster Entwurf mit folgenden Mindestangaben zur weiteren Prüfung durch den Auftraggeber übersandt:

- Bezeichnung des Arbeitspakets,
- Datum der Abnahmereife.

(3) Abnahmeprüfung

Mit Zugang der Anzeige der Abnahmereife beginnt für die Auftraggeberin eine Prüffrist von **10 Arbeitstagen**.

Die Auftraggeberin erklärt innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftragnehmer in Textform die Abnahme wie folgt:

- die Abnahme unter Angabe des Abnahmezeitpunkts,
- die Abnahme unter Vorbehalt von unwesentlichen Mängeln oder
- die Verweigerung der Abnahme unter Angabe der wesentlichen Mängel.

5 Rechnungsstellung und Zahlungsmodalitäten

(1) Anforderungen an die Rechnungsstellung

In den Rechnungen werden die einzelnen Leistungen mit Benennung des Projekts (inkl. Kostenstelle und Kostenträger) sowie dem Auftragsdatum und Angabe der abrufenden Person der AG und deren Fachabteilung ausgewiesen, sodass eine einfache Nachvollziehbarkeit der Einzelpositionen der Rechnung möglich ist.

Die Rechnungen sind auf den Unternehmenssitz der Auftraggeberin in Bonn auszustellen und ausschließlich per E-Mail an rechnungseingang@z-u-g.org mit folgenden Angaben zu senden:

Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH
z.Hd. Phuong Minh
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Betreff: 009-N-2602 - Studie Marktradar Asien - Rechnung

Zahlungen erfolgen ausschließlich an den im Vertrag benannten Auftragnehmer. Zahlungen an Dritte oder auf andere, als vormals mitgeteilte Konten bedürfen der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin.

(2) Währung, Zahlungsmodalitäten und etwaige Steuerlast

Die Vergütung ist ausschließlich in Euro geschuldet. Soweit der Auftragnehmer ein Konto außerhalb des SEPA-Raums benennt, erfolgen Zahlungen gleichwohl in Euro.

Zahlungen erfolgen als BEN-Zahlungen (Beneficiary Pays All), d.h. sämtliche Bankgebühren und Transaktionskosten auf Absender und Empfängerseite sowie die hierfür angesetzten Umrechnungskurse gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung für diesen Reduzierung des Zahlungseingangs beim Empfänger besteht hierfür nicht.

Etwaige im Ausland anfallende Steuern, insbesondere Quellensteuern, trägt der Auftragnehmer. Die vereinbarte Vergütung ist eine Nettoschuld der Auftraggeberin; ein Anspruch auf Bruttohochrechnung (Gross-up) besteht nicht.

6 Compliance und Mitwirkungspflichten

(1) Allgemeine Anforderungen bei Auslandszahlungen

Soweit Zahlungen an Auftragnehmer mit Sitz oder Bankverbindung außerhalb des SEPA-

Raums erfolgen, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass die Zahlungsabwicklung rechtlich und tatsächlich möglich ist und keine Hindernisse entgegenstehen.

(2) Sanktions- und geldwäscherechtliche Anforderungen

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass weder er noch von ihm eingesetzte Unterauftragnehmer, wirtschaftlich Berechtigte oder sonstige an der Leistungserbringung beteiligte Personen oder Organisationen auf anwendbaren Sanktionslisten der Europäischen Union oder der Bundesrepublik Deutschland geführt werden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin auf Anforderung unverzüglich alle zur Durchführung von Sanktions- und Geldwäscheprüfungen erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen, insbesondere zu wirtschaftlich Berechtigten, Zahlungswegen, beteiligten Finanzinstituten und dem wirtschaftlichen Hintergrund der Transaktion. Änderungen sind unverzüglich mitzuteilen.

(3) Mitwirkungspflichten bei der Zahlungsabwicklung

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die von ihm benannte Bankverbindung zur Entgegennahme von Zahlungen geeignet ist und keine sanktions-, geldwäsche-, devisen- oder sonstigen rechtlichen Hindernisse bestehen. Verzögerungen, Zusatzaufwände oder Kosten, die aus unzureichender Mitwirkung oder aus solchen Hindernissen resultieren, gehen nicht zu Lasten der Auftraggeberin.

(4) Zurückbehaltungsrecht

Die Auftraggeberin ist berechtigt, Zahlungen zurückzuhalten, soweit und solange gesetzliche Prüfpflichten – insbesondere nach Sanktions- oder Geldwäscherecht – dies erfordern, erforderliche Informationen nicht vollständig vorliegen oder Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Zahlung bestehen. Ein Zahlungsverzug tritt in diesen Fällen nicht ein; dies gilt auch bei Verzögerungen durch beteiligte Finanzinstitute.

7 Ergänzende Rechte zur Kündigung

(1) Ergänzende Kündigungsrechte

Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag ergänzend zu § 13 des Vertrages ganz oder teilweise außerordentlich zu kündigen, wenn der Auftragnehmer wesentliche Vertragspflichten verletzt und eine gesetzte angemessene Frist zur Abhilfe erfolglos verstreicht.

(2) Kündigung ohne Fristsetzung

Eine Fristsetzung ist entbehrlich, wenn

- der Auftragnehmer gegen sanktions-, geldwäsche- oder exportkontrollrechtliche Vorschriften verstößt oder ein entsprechender Verstoß droht,
- erforderliche Mitwirkungsleistungen trotz Aufforderung nicht unverzüglich erbracht werden,
- die Zahlungsabwicklung aus vom Auftragnehmer zu vertretenden Gründen rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist,
- begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit oder Integrität des Auftragnehmers bestehen oder
- sonstige Umstände vorliegen, die der Auftraggeberin ein Festhalten am Vertrag unzumutbar machen.

(3) Teilkündigung

Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag auf einzelne Arbeitspakete oder Teilleistungen zu beschränken oder insoweit zu kündigen.

(4) Vergütung im Kündigungsfall

Im Falle einer Kündigung werden nur die bis zum Wirksamwerden der Kündigung vertragsgemäß erbrachten und abgenommenen Leistungen vergütet. Ein Anspruch auf weitergehende Vergütung besteht nicht.

(5) Kollisionsregelung

Die vorstehenden Regelungen ergänzen § 13 des Vertrages. Im Kollisionsfall gehen sie als speziellere Regelungen den Bestimmungen des § 13 vor; im Übrigen bleibt § 13 unberührt.

8 Beendigung des Vertrages und Übergabe der Leistungen

(1) Herausgabe von Arbeitsergebnissen

Im Falle der Beendigung des Vertrages – gleich aus welchem Grund – ist der Auftragnehmer verpflichtet, sämtliche bis dahin erstellten Arbeitsergebnisse, Daten, Unterlagen und Dokumentationen unverzüglich und vollständig an die Auftraggeberin herauszugeben. Die Herausgabe hat in einem gängigen, maschinenlesbaren und weiterverarbeitbaren Format zu erfolgen.

(2) Zugriff auf Zwischenstände

Die Auftraggeberin ist berechtigt, jederzeit Einsicht in den aktuellen Bearbeitungsstand zu verlangen und sich sämtliche bis dahin vorliegenden Zwischenergebnisse herausgeben zu lassen.

(3) Übergabe- und Mitwirkungspflichten

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Auftraggeberin bei der Übergabe der Leistungen an einen Dritten oder bei der internen Weiterführung des Projekts für einen angemessenen Zeitraum zu unterstützen, soweit dies zur Sicherstellung einer nahtlosen Fortführung erforderlich ist.

(4) Dokumentationspflicht

Der Auftragnehmer hat die Leistungserbringung fortlaufend in nachvollziehbarer und prüffähiger Weise zu dokumentieren. Eine unzureichende oder nicht nachvollziehbare Dokumentation stellt eine wesentliche Pflichtverletzung dar.

(5) Fortgeltung wesentlicher Pflichten

Die Verpflichtungen zur Herausgabe, Mitwirkung, Dokumentation sowie etwaige Nutzungsrechte der Auftraggeberin gelten über die Beendigung des Vertrages hinaus fort.

9 Maßgebliche deutsche Fassung

Rechtlich maßgeblich ist ausschließlich die **deutsche Fassung** der Vertragsbestandteile gemäß § 2 des Vertrages. Etwaige Übersetzungen dienen lediglich der unverbindlichen Information im Vergabeverfahren.

Die Bieter sind verpflichtet, den Inhalt der deutschen Vertragsbestandteile eigenverantwortlich zu prüfen und ihr Angebot hierauf abzugeben. Etwaige Übersetzungsfehler oder inhaltliche **Abweichungen gehen zu Lasten des Bieters bzw. zu Lasten des bezuschlagten Auftragnehmers.**